

Jobmotor Gesundheitsbranche

Starker Beschäftigungsanstieg. Ende der Wehrpflicht reißt weitere Löcher.

Maïke Telgheder, Peter Thelen
Frankfurt, Berlin

Das Gesundheitswesen wird immer mehr zum Jobmotor der deutschen Wirtschaft. Trotz Wirtschaftskrise verzeichnete die Branche im vergangenen Jahr nach aktuellen Daten des Statistischen Bundesamts den höchsten Beschäftigungsanstieg seit 2000. 4,7 Millionen Mitarbeiter sind es inzwischen, 2,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und 15 Prozent mehr vor zehn Jahren. Damit war 2009 bereits fast jeder neunte Arbeitnehmer im Gesundheitswesen tätig.

Zusätzliche Arbeitsplätze gab es vor allem für Ärzte und medizinische Fachangestellte mit einem Zuwachs von 73 000 Beschäftigten (2,8 Prozent) und in der Altenpflege, wo binnen Jahresfrist 23 000 Arbeitnehmer mehr eingestellt wurden (5,8 Prozent).

Doch der Beschäftigungsboom hat eine Kehrseite. Weil das Erwerbspersonenpotenzial in Zukunft schrumpft, fällt es Kliniken, Pflegediensten und Pflegeheimen immer schwerer, den wachsenden Personalbedarf zu decken. Bereits 2025 werden nach einer Modellrechnung des Statistikamtes rund 152 000 Beschäftigte in den Pflegeberufen fehlen. Schon heute haben

mehr als 90 Prozent der Arbeitsagenturen Probleme, offene Stellen in der Alten- und Krankenpflege zu besetzen. Zwei Drittel der Arbeitsagenturen berichten zudem von Engpässen bei Ärzten.

Ohne den Einsatz angelernter Pfleger und Zivildienstleister könnten vor allem viele Pflegeheime, ambulante Pflegedienste und Krankenhäuser ihre Arbeit schon heute nicht tun. Für sie verschärfen sich die Probleme durch die Pläne der Bundesregierung, die Wehrpflicht auszusetzen.

4,7 Mio.

Arbeitnehmer sind im Gesundheitswesen tätig. Die Zahl der Beschäftigten in der Branche stieg in zehn Jahren um 15 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach einer Studie der Unternehmensberatung Dr. Wieselhuber und Partner kommen allein auf die Krankenhäuser in Deutschland Kosten in Millionenhöhe zu, wenn die derzeit rund 13 400 Zivildienstleistenden wegfallen. Selbst für den Fall, dass jährlich 35 000 Männer

und Frauen für einen freiwilligen Teilzeitdienst gewonnen werden können, wie es Bundesfamilienministerin Kristina Schröder vorschwebt, können nach Einschätzung der Unternehmensberatung nicht sämtliche Zivildienststellen in Krankenhäusern ersetzt werden. Die Krankenhäuser müssten zusätzliches Personal einstellen.

Auf der Basis einer Reihe von Experteninterviews mit Personalmanagern geht die Beratungsfirma davon aus, dass zwei Zivildienstleistende durch eine Vollzeitkraft ersetzt werden müssten. Ohne den so genannten Bundesfreiwilligendienst entstände eine Mehrbelastung der Krankenhäuser von immerhin 74 Millionen Euro pro Jahr. Die Kosten pro Behandlungsfall würden um vier Euro steigen. Aber selbst wenn 35 000 Freiwilligen gefunden würden, müssten noch rund 4000 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden, um die ausfallenden Zivildienstleistenden zu kompensieren. Denn die Freiwilligen arbeiten nur in Teilzeit. Auf die Kliniken kämen dann immer noch zusätzliche Kosten von mehr als 30 Millionen Euro zu. „Viele Krankenhäuser werden es sich nicht leisten können, diese neuen Stellen zu schaffen“, so das Fazit der Studie.